

Nur „Frauenquatsch“?

Zum Umgang mit Gleichstellungsstellen im Freistaat Bayern

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Für manche CSU-Politiker - wie etwa den Landshuter Oberbürgermeister Deimer - ist die Gleichstellung nur „Frauenquatsch“. Wen wundert es da, daß es in Bayern derzeit kommunale Gleichstellungsstellen nur bei 25 kreisangehörigen Gemeinden, 18 kreisfreien Kommunen und 50 Landratsämtern gibt.

Bayernweit bestehen also in 21 Landkreisen überhaupt keine Gleichstellungsstellen. Von den 32 bayerischen Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern haben bisher lediglich acht eine solche Stelle. Dies habe ich auf meine Schriftliche Anfrage hin vom bayerischen Innenministerium erfahren.

Die politische und sachliche Durchschlagskraft kommunaler Gleichstellungsstellen läßt also im Freistaat noch viele Wünsche offen. Es gibt in manchen Kommunen nur Pseudo-Beauftragte, die die Sekretärinnen der Oberbürgermeister sind. In vielen Gemeinden wird die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu einem Nebenjob im Vorzimmer von Landräten und Bürgermeistern degradiert. Die Frauenbeauftragten werden mit Stundenverträgen abgespeist, haben also oft nur Alibistellen.

Da die Frauen immer die dritten von links, nicht aber die Macherinnen sind, erfordert die Arbeit in einer Gleichstellungsstelle eine „ganze Frau“, die weder Teilzeit noch ehrenamtlich arbeiten darf. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion versucht deshalb für Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern sowie Landkreise die Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten mit Hilfe eines Gesetzes verbindlich festzulegen.

Der Erfolg der Arbeit von Gleichstellungsstellen hängt entscheidend von ihrer personellen und materiellen Ausstattung sowie von ihrer organisatorischen Ansiedlung und ihren Kompetenzen ab. Es genügt nicht, bloße Alibistellen zu schaffen, die mangels entsprechender Arbeitsbedingungen nicht in der Lage sind, die den Gleichstellungsstellen zukommenden vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

(-/20.7.1989/va-he/rs)

* * *

Der gierige Griff zur Tablette

Zur Notwendigkeit, die Schmerzmittelsucht zu bekämpfen

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsschutz der SPD-Bundestagsfraktion

Alkoholismus, Nikotinsucht, Schmerzmittelabhängigkeit - in der Bundesrepublik nimmt der Schmerzmittelmißbrauch unter den Suchtformen den dritten Platz ein. Derzeit sind circa 600.000 Bundesbürger schmerzmittelabhängig. In 90 Prozent aller Fälle greifen Menschen zu Schmerzmitteln, um Spannungen und Angstzustände zu lösen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Akkord- und Schichtarbeit, Text- und Datenverarbeitung sind besonders gefährdet.

Obwohl die Gefährlichkeit und die Nebenwirkungen des Schmerzmittelkonsums bekannt sind, beschränkt sich die Bundesregierung bisher auf einschränkende Maßnahmen, das heißt Beschränkungen bei bestimmten Mischanalgetika und bei Großpackungen. Zwar sind nach der 21. Verordnung zur Änderung der Verordnung über verschreibungspflichtige Arzneimittel seit dem 1. Juli 1989 koffeinhaltige Schmerzmittel „mit einem oder mehreren der analgetisch wirksamen Stoffe Paracetamol, Salicylsäurederivate und Pyrazolinderivate generell der Verschreibungspflicht“ unterworfen - so die Bundesregierung auf meine schriftliche Anfrage -, aber Schmerzmittel bis zur Packungsgröße von 20 Stück (in Einzeldosen bis zu 0,5 Gramm und bis zur Gesamtmenge von zehn Gramm) sind wie bisher frei verkäuflich.

Dabei wäre zum Schutz der Bevölkerung konsequentes Handeln erforderlich: Rezeptpflicht grundsätzlich für alle Schmerzmittel, mit Ausnahme von Präparaten, die nur aus einem Wirkstoff bestehen. Statt dessen vernachlässigt die Bundesregierung auch ihre Pflicht zur Gesundheitsaufklärung gerade im Hinblick auf besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen. Sie überläßt die Verantwortung für Folgeschäden dem individuellen Verhalten der Betroffenen und stiehlt sich auch in Sachen Werbung für Arzneimittel aus der Verantwortung: Sie ist nicht einmal bereit, Schritte zur Unterbindung der Werbung für Schmerzmittel auf den Fahrkarten der Deutschen Bundesbahn einzuleiten.

(-/20.7.1989/vo-he/rs)

* * *

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB zur Erinnerung an Gustav Heinemann, der vor 90 Jahren geboren wurde: Unser Grundgesetz bleibt ein großes Angebot.

Seite 1

Dokumentation:

Der ehemalige Bremer Bürgermeister, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Koschnick, hielt am 20. Juli in Berlin-Plötzensee eine Ansprache zum Gedenken an die Opfer des deutschen Widerstandes. Wir veröffentlichen sie im Wortlaut.

Seite 3

44. Jahrgang / 138

21. Juli 1989

Unser Grundgesetz bleibt ein großes Angebot

Zur Erinnerung an Gustav Heinemann, der vor 90 Jahren geboren wurde

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Zwischen den Gedenktagen dieses Jahres 1989 bestehen Spannungen und Zusammenhänge. Den 40. Jahrestag des Grundgesetzes haben wir im Mai gefeiert, die Jubiläen der Wahlen der Verfassungsorgane werden im September Anlaß zu Feiern sein. Dazwischen liegt ein anderer Gedenktag, der uns herausfordert und bedrückt: der 1. September, an dem vor 50 Jahren Deutschland den Zweiten Weltkrieg begann, der nach Leid und Zerstörung bei anderen Völkern hier eine Lage hinterließ, in der sich vor 40 Jahren zwei deutsche Staaten bildeten.

Es ist durchaus angebracht, in diesem Zusammenhang auch der Menschen zu gedenken, die sich dem Unheil widersetzt und danach am Neuanfang maßgeblich mitgearbeitet haben. Gustav Heinemann, der am 23. Juli 90 Jahre alt geworden wäre, gehört zu ihnen. Irrtum und Verbrechen des Nationalsozialismus hat er früh erkannt und durch seine Mitarbeit in der Bekennenden Kirche die ihm mögliche Antwort gegeben.

Nach dem Krieg gehörte er zu den ersten, die in verantwortlichen politischen Funktionen den Neuaufbau betrieben und an der demokratischen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland mitwirkten. Oberbürgermeister, Landesminister und Bundesminister ist Heinemann damals gewesen, bevor er in die Opposition zur Bundesregierung Adenauer ging.

Eine Zeit der politischen Mißerfolge schloß sich an, aber es folgten auch Jahre wichtiger und erfolgreicher Arbeit im Bundestag, bis er erneut Bundesminister und schließlich, vor 20 Jahren, Bundespräsident wurde.

Immer wieder gibt es Anlaß, auf Heinemanns Erfahrungen und deutliche Aussagen zurückzugreifen. Auch wer das nicht bewußt tut, stellt bei der Beschäftigung mit seinem Leben und Wirken fest, daß seine Gedanken unter uns lebendig sind und daß viele der Einsichten, für die er gestritten hat, inzwischen selbstverständlich geworden sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Herstellung Umwelt
mit minimaler Rohstoffver-
brauch



Wenn heute über die Wiedervereinigung Deutschlands spekuliert und so getan wird, als lasse sie sich bei genügendem Willen durchsetzen, dann ist es hilfreich, sich an Heinemanns Kampf um die Erhaltung der deutschen Einheit zu erinnern. Er verließ die Bundesregierung, als er den Eindruck gewann, daß Bundeskanzler Adenauer sich auf einen Weg festlegte, der trotz anderslautender Parolen von einer deutschen Wiedervereinigung immer weiter wegführte. Leidenschaftlich, aber vergeblich hat er diese Politik bekämpft. Und ihm war schließlich klar, daß jene Zeit mit ihren Chancen endgültig abgeschlossen war und es galt, aus den tatsächlich entstandenen Verhältnissen das Beste zu machen.

Nachdem er für die Änderung überholter und erstarrter Rechtsvorschriften in der Opposition lange gekämpft hatte, konnte er als Bundesjustizminister ab 1966 wichtige Rechtsreformen einleiten und zum Teil sogar noch während seiner Amtszeit vollenden. Zur Reformnotwendigkeit bekannte er sich: „Der rechtspolitische Auftrag unserer Zeit heißt Reform, nicht Restauration.“

Und er rief unermüdet dazu auf, das Grundgesetz mit seinen Gestaltungsaufgaben und Chancen als „großes Angebot“ zu verstehen und zu nutzen. Nicht um die Festigung des Erreichten in Ruhe und äußerlicher Harmonie ging es ihm, sondern um Bewegung, um Aufbruch und um das Ermitteln des jeweils besten Weges im Widerstreit der verschiedenen Meinungen. Denen, die auch heute immer wieder den Streit der Parteien beklagen, sei nachdrücklich Heinemanns Feststellung entgegengehalten: „Denn die Demokratie versteht sich nicht als eine formierte Gesellschaft, in der das Gesetz permanenter Harmonie gilt, sondern als eine politische Gestaltungsform, die Konflikte voraussetzt und in geregelter Form zum Austrag bringt. Daher wäre es falsch, die Unruhe als solche zu verdammen.“

In diesem Sinne stritt er bei vielen Anlässen nachdrücklich für die Meinungs- und Pressefreiheit, in die er das Recht eingeschlossen sah, die Öffentlichkeit gerade auch über heikle Vorgänge des öffentlichen Lebens zu unterrichten. Aus der gleichen Haltung heraus lehnte er Untertanengesinnung und Unterwürfigkeit als unwürdig und als Gefahr für den freiheitlichen Rechtsstaat ab und betonte in seiner Antrittsrede als Bundespräsident: „Überall müssen Autorität und Tradition sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen.“

Heinemann hat in diesem Geist gewirkt und ist selbst zum guten Beispiel des aufrechten und engagierten Demokraten geworden.

Klarsichtig wies er vor 15 Jahren beim Abschied aus dem Präsidentenamt auf eine Bedrohung hin, die seither noch sehr viel größer und gefährlicher geworden ist: „Wie sollen Kinder und Enkel auf einer Erde leben können, die wir ausrauben und zerstören? Das ist die Frage. Mich erfüllen Unruhe und Ungeduld über die noch immer bei uns herrschende Kurzsichtigkeit. Vieles von dem was wir treiben und worüber wir uns streiten, müßte uns endlich klein erscheinen im Verhältnis zur Größe der Gefahr, die es abzuwenden gilt. Wer heute nur für sich selbst sorgen will, verspielt mit der Zukunft anderer auch die eigene.“

Mit dem Aussprechen solcher Einsicht befände sich Heinemann heute in der Gesellschaft vieler anderer. Wiederholen müßte er seine Worte gleichwohl, und zwar mit sehr viel größerer Ungeduld, weil das Handeln nach solchen Einsichten immer noch völlig unzureichend ist.

(-/21.7.1989/rs/he)

DOKUMENTATIONRechtzeitig dem Ungeist widerstehen

Der ehemalige Bremer Bürgermeister, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Koschnick, hielt am 20. Juli in Berlin-Ploetzensee eine Ansprache zum Gedenken an die Opfer des deutschen Widerstandes. Wir veröffentlichen sie im Wortlaut.

Wir sind hier zusammengekommen, um der Frauen und Männer zu gedenken, die vor 45 Jahren ihr Leben einsetzten, um dem mörderischen Wüten eines totalitären Unrechtssystems ein Ende zu bereiten. Zusammengekommen in einem Jahr, das uns besonders mit den schrecklichen Folgen eines in unglaublicher Verblendung begonnenen Krieges konfrontiert. 50 Jahre ist es her, daß mit dem Hitler'schen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg begann; ein Weltkrieg, der Europa verwüstete, Millionen von Menschen in Not und Leid stürzte, nationale Grenzen verschob und letztlich diesen Kontinent in zwei Gesellschaftssysteme spaltete.

Manche mögen sich fragen, warum diese Verbindung beider Daten, des 1. September 1939 und des 20. Juli 1944; ist das nicht gar zu willkürlich? Doch wer die Geschichte des deutschen Widerstandes nachvollziehen, über Motivation und Zielsetzung reflektieren will, muß sich mit beiden Daten beschäftigen. Schließlich stehen am Anfang des Kampfes gegen die sich etablierende braune Diktatur die fast in Vergessenheit geratenen Namen derer, die schon Anfang der 30er Jahre warnten: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ und die deshalb gleich nach der Usurpation der Staatsmacht durch das Nazi-Regime aktiven Widerstand leisteten.

Ihre Warnungen und Proteste engagierter Christen, die in der Verletzung des „Inneren Friedens“ durch Rassengesetze, Meinungsterror und Diskriminierung politisch Andersdenkender die Vorboten einer auch gewaltsamen Unrechtspolitik gegenüber dem Ausland erkannten, wurden ab 1937 von nicht wenigen Kräften eines anfangs politisch nicht so kritischen, überwiegend nationalen oder konservativen Lagers geteilt. Gerade sie, die von Herkunft und Tradition geprägt einer staatsbürgerlichen Emanzipation im Rahmen republikbewußter Politik eher skeptisch - wenn nicht ablehnend - gegenüber standen, hatten später aktiven Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des 20. Juli 1944. Triebfeder ihres Handelns war die Sorge um die Erhaltung des Friedens, die Hoffnung auf Wiedererlangung individueller Freiheit und rechtsstaatlicher Sicherheit.

Hatten diese konservativen Kräfte am „Tage von Potsdam“ (21. März 1933) gehofft, die Energien einer nationalistischen Bewegung in Bahnen nationaler - nicht nationalistischer - Politik zu lenken und Exzesse populistischen Machtrausches durch die Unabhängigkeit der Reichswehr als einzigem bewaffneten Machträger des Staates einzugrenzen, so wurde ihnen im Laufe der Jahre klar, daß das ein Trugschluß war. Wer sich deshalb nicht von den Tageserfolgen Hitlers berauschen ließ; wer nicht auf Ansehen und Aufstieg in einem immer erkennbarer werdenden Unrechtstaate setzte, der begann sich von den Machthabern jener Zeit und ihrer Politik abzusetzen.

Absetzen, das bedeutete für den größeren Teil der jetzt Einsichtigen den Rückzug ins Privatleben. Da Widerstand gegen die Obrigkeit nicht zu den überlieferten Werten gehörte und für sie immer noch mit dem Odium des Verrats behaftet war, schien der Abschied von der Politik eine adäquate Antwort, war das Privatisieren eine für sie angemessene Reaktion auf die Unbill der Zeit.

Absetzen bedeutete für einen anderen Kreis die „innere Emigration“, war die passive Resistenz. Diese Form der Ablehnung zeigte sich in großen Teilen früher einmal politisch engagierter Arbeitnehmerschaft. Man fand sie bei Christen, die wegen der NS-Ideologie und ihrer unübersehbaren staatlich geförderten Einwirkung auf die Kirchen nicht mehr mitmachen wollten, und ebenso bei bewußten Anhängern des nationalliberalen und konservativen Lagers.

Der Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand war fließend. Die sofortige Aufnahme eines aktiven Widerstandes, die Arbeit im Untergrund gleich nach 1933 war - wenn überhaupt - nur den geschlossenen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten aus dem überzeugten republikanischen Lager der Weimarer Zeit eigentümlich. Diese wollten zurück zu demokratischen, zu selbstverantworteten gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Sie wollten das System beseitigen.

Die Hinwendung zu aktivem Widerstand erfolgte in konservativen Kreisen in Schritten. Zunächst bemühte man sich, Freunde, Standesgenossen, Partner aus Wirtschaft und Beruf, Vertreter der Wissenschaft für ein gemeinsames Aufbegehren zu gewinnen. Gemeinsame Aktionen sollten die Offenlegung einer zwangsläufig zum Kriege führenden Politik bewirken; man erwartete Einsicht und Korrektur eines unheilvollen Weges und dachte zunächst nicht an einen Umsturz.

Warnungen wurden in den Wind geschlagen

Wir wissen, daß diese Hoffnungen auf Einsicht sich nicht erfüllten. Die äußeren Umstände sprachen gegen alle Bemühungen, dem politischen Machtrausch entgegenzuwirken. Hitler erhielt vom Ausland alles das, was den Demokraten der Weimarer Republik verwehrt oder nur in kleiner Münze zugestanden wurde. Seine Politik schien gerade die erfolgversprechendste Vertretung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland zu sein. Die Warnungen vor den Folgen seiner Politik wurden in den Wind geschlagen; sie waren wenig erfolgversprechend bei der breiten Zustimmung der Bevölkerung zur damaligen Führung des deutschen Staates.

Das klare Bewußtsein, daß mit Anwendung von Gewalt keine dauerhaften Friedenslösungen zu erreichen waren und der „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ keinen Bestand mehr hatte, bei gleichzeitiger Erkenntnis, daß die Überschätzung der eigenen Kräfte und die Unterschätzung der Kräftermobolisierung des demokratischen Europas im Kriegsfall nur zu neuen katastrophalen Ergebnissen für die deutsche Nation führen mußten, bewegte frühzeitig Männer wie Beck und Goerdeler.

Aus den Berichten der Angehörigen und Freunde, aus den Unterlagen der Archive und aus wissenschaftlichen Dokumentationen, ja selbst aus den Berichten des Reichssicherheitshauptamtes (nach dem Scheitern des Attentats) wissen wir, was die Frauen und Männer des Widerstandes umtrieb, was sie bewegte!

Ihre zu Recht gehegten Befürchtungen, Hitler werde Deutschland in den Krieg führen und ihr Wissen, daß dann das Vaterland am Ende schlimmer geschunden und geschwächt sein würde als am Ende des Ersten Weltkrieges trieb sie zur Tat, ließ sie nach Gleichgesinnten Ausschau halten. Und sie gewannen Männer aus dem militärischen Führungsbereich, der Staatsverwaltung und der Wirtschaft. Sie verbanden sich mit Vertretern der demokratischen Parteien der Weimarer Republik; auch stießen Männer der Kirche zu ihnen, die, wie Bonhoeffer, nicht nur aus religiöser, sondern auch aus politischer Motivation Widerstand leisteten.

Bei aller Gefährdung, die allzu breite Diskussionen über eine bessere Zukunft mit sich bringen konnten, fand man sich in der engeren und weiteren Familie gestärkt und getragen. Manche Aktivität ging auch vom Engagement der Frauen aus, die ihrerseits dem Regime wegen seiner Gewaltpolitik, seiner Friedlosigkeit in nicht nachlassender Ablehnung gegenüberstanden und dabei ihr Leben ebenfalls aufs Spiel setzten.

Die Betroffenheit der Kräfte des Widerstandes, den Einmarsch in die Tschechoslowakei und den von ihnen befürchteten Ausbruch des europäischen Krieges nicht verhindert zu haben, blieb auch nach den ersten Blitzkriegserfolgen ungetrübt. Ihr Mitleiden wegen der Geschehnisse an der Front und hinter der Front, ihr Entsetzen darüber, wie das Regime in den besetzten Gebieten wütete, wie Ausbeutung, Mord und Vernichtung von unbeteiligten Menschen - nur wegen ihrer Abstammung oder Nationalität - Praxis und wie das Ansehen des deutschen Volkes dadurch von Tag zu Tag mehr verspielt wurde, führte schließlich zu Überlegungen und dann zu Schritten, die in ursprünglich tradierten Wertvorstellungen keinen Platz hatten.

Einsamkeit als Preis für die Entscheidung

Der Schritt weg von der vermeintlichen Staatsraison hin zum aktiven Widerstand, die Diskussionen um die Pflichten aus der Eidesbindung und die Problematik eines Anschlages auf eine zwar als verbrecherisch erkannte gleichwohl aber von breiten Schichten akzeptierte Führung verlangte eine Gewissensentscheidung, die den einzelnen aus dem bisherigen Konsens seiner Gesellschaftskreise herausführte. Einsamkeit war ein Preis dieser aus Gewissenspflicht gewachsenen Entscheidung - und sie war nicht leicht zu tragen.

Wer, wie ich gleich nach 1933, den Gang des Vaters durch Gefängnis, Zuchthaus und KZ sowie die nachfolgende polizeiliche Überwachung erlebte, dabei auch von der Mutter für längere Zeit wegen ihrer Inhaftierung getrennt war, weiß um die Einsamkeit der Eltern, auch um die bohrenden Fragen im Freundeskreis nach dem Sinn des Widerstandes - mindestens in Bezug auf die Folgen für die Familie. Die Gewißheit, das auszuhalten, die Hoffnung, daß letztlich doch die Familie den Weg gutheißt, ist heute leicht gesagt; damals verlangte es viel: von allen dadurch Betroffenen!

Die Versuche der Widerstandsgruppen aus der Arbeiterbewegung, aus der Jugendbewegung und der studentischen Generation, aus den Kirchen sowie aus den Kreisen, die sich anfangs nur auf den „Tag danach“, auf den Neuanfang nach einem befürchteten schrecklichen Kriegsende vorbereiteten, ließ bei allen die Erkenntnis reifen, daß in dem Machtsicherungssystem des „Dritten Reiches“ nur ein Umsturz der Verhältnisse möglich sein würde, wenn die Wehrmacht dazu bereit wäre.

Auf eine Handvoll entscheidender, aber auch die Befehlsstruktur des Militärs tatsächlich beeinflussender Männer wurde dabei gesetzt. Man fand in Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seinen Freunden die Gruppe, die bereit war, den entscheidenden Schritt zur Entmachtung der Staatsführung zu gehen. Sie wollten zugleich dafür sorgen, daß die Truppe für eine bestimmte Zeit zur Gewährleistung der Sicherheit im Innern zur Verfügung stand. Ohne Truppenverbände schien sonst ein Bürgerkrieg unausweichlich und damit der Verlust der Friedensfähigkeit gegenüber den Alliierten zwangsläufig. Insoweit gab es nur eine Chance zur Beendigung der braunen Herrschaft: und das war die von patriotischen und verantwortungsbewußten Offizieren getragene Bereitschaft zur Tat!

Daß diese Tat ihre besondere Absicherung durch die Einbindung von Repräsentanten der früheren Arbeiterbewegung wie der demokratischen Parteien der Weimarer Zeit, sowie von tragenden Kräften aus der Verwaltung und der Wirtschaft benötigte, war unbestritten. Zwar war anfangs die Einbeziehung der Vertreter der Arbeiterbewegung nicht unumstritten, doch gerade die zur Tat bereiten Offiziere und jüngere Repräsentanten des bürgerlichen wie konservativen Widerstandes drängten auf eine Bündelung aller Widerstandskräfte. Sie gelangt Einte doch die Ablehnung des Terrorsystems und die Verzweiflung über die Verbrechen am eigenen Volk wie an den Menschen anderer Nationen die unterschiedlichen Gruppierungen. Alle wollten der Galtherrschaft Einhalt gebieten, den Krieg beenden und dem Ausland beweisen, daß es auch ein „anderes Deutschland“ gab, welches Partner für die notwendige Friedenslösung sein konnte. Dafür waren sie bereit mit ihrem Leben einzustehen. Die Konzeption künftiger Staatsordnung war deshalb nicht vorrangig; die Auseinandersetzung darüber wurde bis nach dem erhofften Friedensschluß vertagt.

„Denn über alle Schmach des Krieges
geht die der Menschen,
von ihm nichts mehr wissen zu wollen,
indem sie zwar ertragen, daß er ist,
aber nicht, daß er war.
Die ihn überlebt haben, ihnen hat er
sich überlebt.“

Das sagte vor Jahrzehnten der sprachgewaltige Karl Krauss.

Dieses vorausgeschickt frage ich mich, ob das der Grund ist, warum bei uns in so geringem Maß Geschichtsbewußtsein präsent ist? Bei aller Notwendigkeit der Aufarbeitung unserer Geschichte stellen wir überwiegend nur die dunklen Taten dieser Zeit in den Mittelpunkt der Betrachtung ohne gleichzeitig auf die hellen Zeichen eines besseren Deutschland auch und gerade in diesen schrecklichen Tagen zu verweisen. Die Widerstandsbewegung hat solche Zeichen gesetzt. Bei all unserer Scham über das, was im deutschen Namen angerichtet worden ist, stehen doch die Frauen und Männer, die ihr Leben ließen, für ein anderes Deutschland. Sie handelten, um im Sinne von Henning von Treskow zu sprechen, „aus Gewissenspflicht, ohne Sicherheit auf Erfolg, damit im eigenen Volk die Hoffnung auf eine bessere Welt weiterleben kann und die Zukunft nicht im Trümmerfeld der Schuld zermalmt wird.“

Ich stelle diese Frage auch an mich und meine Freunde nicht anders, wie ich sie an die anderen demokratischen Gruppierungen in unserem Lande richte. Haben wir eine Mitverantwortung für die neue Geschichtsbestimmung auf Seiten des „rechten“ politischen Lagers, weil wir die Darstellung des Widerstandes zu lange in die Seminare wissenschaftlicher Hochschulen verbannt oder nur als Teil staatsbürgerlicher Erziehung gesehen haben, ihn aber nicht als stets gegenwärtiges Erlebnis sichtbar werden ließen?

Oder liegt es daran, daß für nicht geringe Kreise unserer Bevölkerung der Widerstand gegen die „braune Diktatur“ immer noch nicht gesellschaftsfähig ist? Zwar haben die Verfassungsväter nach 1945 den Widerstand gegen ungerechte und totalitäre Gewalt zur Verfassungspflicht gemacht, doch wurzelt dieser Auftrag anscheinend nicht tief. Anders ist es doch nicht zu verstehen, daß Franz Schönhuber, der Anführer der wiederhochgespülten Rechten, der „Republikaner“, ohne wesentlichen Aufbegehren der Medien sagen durfte: „Mir steht der Arbeiteraufstand des 17. Juni näher als der 20. Juli. Der Aufstand der Arbeiter dort drüben jenseits der Mauer war der Aufstand eines Volkes. Der 20. Juli war ein Putsch, wenn auch mit vielen ehrenwerten Herren.“

Herabwürdigung des Opfergangs

Hier finden wir doch wieder die alte Einstellung nicht nur von Stammtischstrategen. Honorig ist Widerstand nur, wenn er sich gegen ein kommunistisches Regime richtet. Verwerflich dagegen, zumindest weniger honorig, der Widerstand, der sich gegen verbrecherisches Wüten einer angeblich nationalen Führung richtete. Diese Herabwürdigung des Opferganges engagierter Patrioten als Aben-

von Putschisten hat Methode. Obwohl vielfach geübt, nimmt das demokratische Deutschland das nur kofpschüttelnd zur Kenntnis - statt auch hier den Anfängen zu wehren!

Sind denn die „Republikaner“ oder ihre Partner im Geiste, die „Deutsche Volksunion“ wirklich nur eine Sammlung unverbesserlicher Gestriger? Ist ihr Aufbegehren: „Genug von der deutschen Schuld - alle Völker haben ihr ähnliches Quantum an Schuld“ wirklich nur eine Leugnung der Singularität einer Politik, deren Synonyme Auschwitz und Treblinka heißen - oder ist das mehr?

Dieses für mich nicht nachvollziehbare Leugnen eines geschichtlich gesehenen einmaligen Vernichtungswillens gegenüber den jüdischen Menschen in Europa ist wirklich mehr als bestürzend. Auch die Verblendung in Bezug auf die Verfälschung der übrigen Gewalttaten des NS-Regimes, das „nicht zur Kenntnis nehmen wollen“ der Konsequenzen eines total geführten aber auch total verlorenen Angriffskrieges gleicht einem Menetekel. Ein bewußter Verzicht auf Wahrhaftigkeit gegenüber der Geschichte und damit Verantwortungslosigkeit gegenüber der kommenden Generation kennzeichnet diese Haltung.

Ich betone das nicht, weil ich Angst habe, es könnte uns schon heute eine national-extremistische Flut überschwemmen und auch nicht allein wegen der heute schon spürbaren verheerenden Wirkung auf das Ausland, sondern weil wir uns mögliche Gefahren für die Zukunft unseres Volkes hätten ersparen können, wenn wir das Ringen, die Last und die Verantwortung der Frauen und Männer aus dem Widerstand im öffentlichen Bewußtsein präsenter gehalten hätten!

Waren und sind wir nicht schon wieder auf dem besten Wege, die Fehler von Weimar zu wiederholen? Wächst nicht der ideologische Grabenkrieg stärker als die Bindungskräfte, die uns aus dem Widerstand überliefert wurden? Haben wir hier schon ein Teil dieses pflegewürdigen Erbes verspielt? Sind wir in den letzten Jahren wirklich miteinander den Weg des Gedenkens und des Bedenkens gegangen, der eigentlich als Verpflichtung aus gemeinsamer Not uns aufgegeben war und ist - nämlich nicht aus tagesopportunistischen Gründen, aus bloßem Schielen nach Wählergunst, das preiszugeben was Widerständler aller Schichten und aller Kreise einte? Forderte nicht ihr Opfer von uns

rechtzeitig dem Ungeist zu widerstehen
und der Wahrheit
- auch der unpopulären -
eine Gasse zu schlagen.

Und das bedeutet auch für mich, das Anwachsen extremistischer Stimmen strategisch nicht in das Kalkül wahltaktischer Überlegungen zu Lasten des einen oder anderen demokratischen Lagers einzu-beziehen, sondern gemeinsam der freiheits- und rechtsstaatschädlichen Entwicklung Einheit zu gebieten. Gerade weil uns Demokraten mehr eint als trennt, dürfen wir jetzt nicht in Passivität verfallen oder unsere tagespolitischen Süppchen kochen. Und das bedeutet für das ansonsten notwendige Ringen um den besseren Weg jedenfalls in dieser Frage zusammenstehen und gemeinsam zu streiten. Hier sind wir alle von den Opfern des Widerstandes in die Pflicht genommen.

Nur so kann eine unreflektierte Reaktion ob des Stimmenzuwachses für die neue Rechte vermieden, deutschtümeln-de Bekundungen nach dem Motto: „Wir sind doch wieder wer“ als Bramabasierung entlarvt werden. Nur so kann der wiederaufgeflammten unseligen Diskussion über den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ein notwendiger Halt entgegengesetzt werden. Diese Beschwörung einer vermeintlichen Rechtsposition schreckt doch alle europäischen Nachbarn und führt zu Sorge über die erneut unruhigen Deutschen. Will man denn nicht wahrhaben, daß die Antwort des Nachbarn in Nord und Süd, in Ost und West nur eine vertiefte Skepsis ist gegenüber dem legitimen Wunsch der Deutschen in einem - wie auch immer gestalteten - gemeinsamen Staatsverband zu leben?

Hat denn Andreotti, der große italienische Christdemokrat, nicht die Vorstellungen unserer Nachbarn richtig artikuliert, als er betonte, daß die Zweiteilung der deutschen Nation der Friedensstabilisierung in Europa dient (und dabei unausgesprochen hinzufügt: jedenfalls solange die Deutschen die nach 1945 gefundenen Grenzen infrage stellen)? Wer glaubt, mit solchen und anderen populistischen Positionen den extremen Kräften den Boden zu entziehen, täuscht sich sehr; er fördert nur ungewollt den Nährboden für extremistische Politik.

Dies ist nicht nur ein Appell an eine Seite; wir alle unterliegen gar zu häufig dem opportunistischen Trieb, Stimmungen nachzugeben, und sollten deshalb sorgfältiger im Umgang miteinander sein. Schließlich haben wir alle den „Stein des Weisen“ nicht gefunden. Ewige Wahrheiten werden in der Politik nicht verkündet; Grundwerte und Grundpflichten bestimmen in der staatlichen Gesellschaft das Zusammenleben wie die Auseinandersetzung um den richtigen Weg in eine hoffentlich weiter friedliche Zukunft. Und dieses Miteinander verlangt den offenen Austausch der Gedanken; Pluralismus nicht Einheitlichung, aber auch nicht Einerlei ist angesagt.

Diese Besinnung auf das notwendige pluralistische Miteinander ist die angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, zugleich aber auch die Konsequenz aus den Hoffnungen und Erwartungen der Frauen und Männer des Widerstandes. * * * (-/21.7.1989/vo-he/rs)